

18. Wahlperiode

## Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mehr Sicherheit für zu Fuß Gehende und Radfahrende beim Abbiegevorgang von Lkw (II)  
– Drucksache 18/1469 –

Der Antrag wird wie folgt geändert:

### **Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer beim Abbiegevorgang von Lkw**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket für mehr Verkehrssicherheit von Lkw (EG-Fahrzeugklasse N1, N2 und N3) des Fuhrparks des Senats, der obersten Landesbehörden sowie der nachgeordneten Behörden der Senatsverwaltungen, der Bezirksverwaltungen sowie der landeseigenen Betriebe vorzulegen. Hierbei geht es insbesondere um:

- die Erarbeitung eines Zeit- und Kostenplans für die schnellstmögliche Nachrüstung des Bestandes mit Abbiegeassistenten, sofern entsprechende Systeme für den jeweiligen Fahrzeugtyp vorliegen. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit andere technische Systeme (etwa kameragestützte Überwachung der Abbiegesituation) als Übergangstechnologie bis zur Verfügbarkeit von Abbiegeassistenten genutzt werden können. Auch der verstärkte Einsatz von Niederflurfahrzeugen (tiefliegende Fahrerinnenkabinen) soll als Option für mehr Verkehrssicherheit geprüft werden. Der Zeit- und Kostenplan soll dem Abgeordnetenhaus bis zum 30.06.2019 vorgelegt werden.
- die Initiierung eines Dialogs mit Fahrzeugherstellern und Zulieferern mit dem Ziel der Entwicklung von Abbiegeassistenten mit Notbremssystem von Fahrzeugtypen, für die bisher keine ausreichenden Systeme vorliegen, insbesondere von Spezialfahrzeugen der landeseigenen Betriebe.

- die stärkere Berücksichtigung des Themas Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer in den Schulungskonzepten der Berufskraftfahrer und Berufskraftfahrerinnen und die Sicherstellung einer turnusgemäßen Schulung der Fahrer und Fahrerinnen.
- die Prüfung, ob in Ausschreibungen durch das Land, die Bezirke und die landeseigenen Betriebe für die Vergabe von Leistungen und Konzessionen die Bereitstellung von Lkw mit Assistenzsystemen oder Lkw mit Niederflersystem verpflichtend vorgeschrieben werden kann.

### ***Begründung:***

An rund 10 % der Radverkehrsunfälle sind Lkw und Lieferwagen beteiligt. Diese Unfälle ereignen sich häufig beim Rechtsabbiegen und haben für Radfahrer und zu Fußgänger oft schwere Unfallfolgen.

Die Ursache hierfür ist, dass trotz Ausrüstung der Lkw mit diversen Spiegeln, die im Ergebnis eine lückenlose Rundumsicht ermöglichen sollen, beim Rechtsabbiegevorgang sich nähernde zu Fußgänger und Radfahrer nicht wahrgenommen werden. Die Praxis zeigt, dass eine weitere Steigerung der Anzahl an Sicherheitsspiegeln das Problem nicht umfassend löst. Es gibt jedoch technische (verschiedene Fahr-Assistenz-Systeme, Annäherungssensoren, Videokameras und Fahrerinnenkabinen mit besserer Sicht vor dem Fahrzeug und seitlich des Fahrzeugs) Möglichkeiten, die das Gefahrenpotenzial deutlich reduzieren und die Arbeit des Fahrers oder der Fahrerinnen im komplexen Großstadtverkehr entlasten können. Zum Einsatz kommende Fahrerassistenzsysteme schützen damit das Umfeld, das Fahrzeug, die Ladung und nicht zuletzt die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer.

Die Kosten dieser Systeme machen im Vergleich zu den Anschaffungskosten eines Lkw nur einen Bruchteil aus. Ohne eine verbindliche Verankerung der Notwendigkeit entsprechender Lösungen im Fahrzeug scheuen jedoch weiterhin viele Unternehmen entsprechende Investitionen. Auch Verwaltung und landeseigene Betriebe haben mehrere tausend Lkw aller Klassen in ihren Fuhrparks. Um eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Schutz von Fußgängern und Radfahrern einzunehmen, muss die Sicherheit beim Abbiegen landeseigener Lkw so zügig wie möglich erhöht werden. Da noch nicht für alle der diversen Fahrzeugtypen im Lkw-Bereich Abbiegeassistenten zur Nachrüstung oder bei der Neuanschaffung erhältlich sind, müssen auch alternative Strategien zur Sicherheitssteigerung wie der Einsatz von Niederflurfahrzeugen geprüft werden.

Berlin, 20.02.2019

Pazderski Scholtysek  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion